

18. Juli 2016



Deutsche Gesellschaft für
Ur- und Frühgeschichte e.V.

DGUF-Büro
An der Lay 4
D - 54578 Kerpen-Loogh
Tel.: 06593 - 98 96 42
Fax: 06593 - 98 96 43
Email: buero@dguf.de
Web: www.dguf.de

Antworten der Parteien auf die Wahlprüfsteine Archäologie zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 4. Sept. 2016: Synthese

Mit hinreichendem zeitlichen Vorlauf haben vier Interessengruppen (DGUF, IPAL, DEGUWA, AK Volontariat) gemeinsam den am 4. Sept. 2016 zur Wahl stehenden relevanten Parteien fünf Fragen zur Archäologie gestellt. CDU, SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und NPD haben die Fragen beantwortet, von der AfD gingen keine Antworten ein. Verfahren, Fragen und Antworten der Parteien sind in einer 14-seitigen Dokumentation wiedergegeben (www.DGUF.de), nachfolgend die Zusammenfassung der wesentlichen Aussagen.

Archäologisches Landesmuseum. 1992 war das traditionsreiche Archäologische Landesmuseum im Schweriner Schloss ersatzlos geschlossen worden. Wird wieder ein archäologisches Landesmuseum eingerichtet, und wann soll das geschehen? Alle Parteien streben die baldige (Wieder-) Einrichtung eines Archäologischen Landesmuseums an. SPD und Die Linke favorisieren klar den Standort Rostock, während die Standortfrage aus Sicht von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und NPD noch offen ist. Zum Termin der Entscheidung und einer Umsetzung machen CDU, SPD, Die Linke und die NPD keine verbindliche Aussage, während Bündnis 90/Die Grünen und FDP ausdrücklich eine Entscheidung bereits am Beginn der kommenden Legislaturperiode anstreben.

Personalausstattung der Archäologie. Wie soll nach dem Abbau in den 1990er und 2000er Jahren die künftige Personalausstattung der Landesarchäologie aussehen? Die CDU beantwortet die Frage nach der Zukunft der Personalausstattung der Archäologie mit einem warmherzigen Bekenntnis zur hohen Bedeutung der Baudenkmalpflege, die sie sehr zu unterstützen gedenkt. Linke und Bündnis 90/Die Grünen monieren den erfolgten Stellenabbau und streben zeitnah eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Landesarchäologie an. Die SPD hält an der bestehenden langfristigen Personalplanung fest, anerkennt aber einen Mehrbedarf für das neue Archäologische Landesmuseum. Unter den Parteien, die Mehrausgaben ins Auge fassen, ist Die Linke die einzige, die auch ein Konzept für eine Gegenfinanzierung nennt. Die FDP strebt zunächst eine bessere Aufgabenklärung zwischen dem Land und den Kommunen an, erst dann könne eine Personalplanung erfolgen. Die NPD legt sich nicht fest.

Kostentragungspflicht im Verursacherprinzip. Wenn ein Investor zu seinem Vorteil ein archäologisches Denkmal zerstört, muss er die Kosten für die Rettungsgrabung tragen (Verursacherprinzip). Doch wie weit? Nur die Grabung, oder auch die Folgekosten der Grabung wie z. B. die Fundkonservierung und die dokumentierende Publikation? Aus Sicht der CDU und der SPD sind der rechtliche Ist-Zustand und die Praxis in Mecklenburg-Vorpommern hinreichend, es bestehe kein Änderungsbedarf. Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen teilen diese Ansicht hinsichtlich der Gesetzgebung, identifizieren aber ein Vollzugsdefizit insbesondere



beim Publikationswesen und möchten dies ändern. Die FDP äußert grundsätzliche Zweifel am Verursacherprinzip. Die NPD legt sich nicht fest.

Kulturerbe unter Wasser. Die 2001 erlassene "UNESCO Konvention zum Schutz des kulturellen Erbes unter Wasser" wurde von der Bundesrepublik Deutschland noch nicht gezeichnet. Wird sich das Küstenland Mecklenburg-Vorpommern beim Bund dafür stark machen, dass dies in naher Zukunft geschieht? Aus Sicht der CDU und der SPD ist das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern für diese Frage nicht zuständig. Bündnis 90/Die Grünen beschreiben den Zuständigkeitsbereich und das resultierende Problem genauer, stecken aber keine konkreten Handlungsziele ab. Die Linke und die FDP wünschen, dass der Bund die internationalen Konventionen unterzeichnet und in Zusammenarbeit mit den Bundesländern umsetzt; sie beabsichtigen entsprechende Initiativen. Die NPD legt sich nicht fest.

Volontariate. Volontariate sollen Berufsanfängern ein systematisches "Training on the job" bieten, wozu der Deutsche Museumsbund konkrete Leitlinien vorgelegt hat. Gibt es in Mecklenburg-Vorpommern einen Missbrauch von Volontariaten als verkappte, unterdotierte Wissenschaftlerstellen, und gibt es Pläne, dagegen vorzugehen? Die CDU hält eventuelle Unkorrektheiten für ein individuell zu lösendes arbeitsrechtliches Problem; zugleich lädt sie Institutionen dazu ein, sich bei möglichen Finanzengpässen an sie zu wenden. Die SPD sagt zu, eventuelle Missstände zu beheben, wenn sie von den Fachverbänden konstatiert werden. Die Linke sowie Bündnis 90/Die Grünen betrachten eine ausreichende Finanzierung der Institutionen als zentralen Lösungsansatz für das geschilderte Problem und wollen für diese Finanzierung Sorge tragen. Darüber hinaus wünschen Bündnis 90/Die Grünen für Volontäre die Perspektive einer späteren Anstellung an der jeweiligen Institution. Die FDP signalisiert Problembewusstsein und lädt die Fachverbände ein, Lösungsansätze in die politische Debatte einzubringen. Die NPD sagt zu, dem geschilderten Problem nachzugehen.

Die Wahlprüfsteine erarbeiteten die Deutsche Gesellschaft für Ur- und Frühgeschichte e.V. (DGUF); die Initiative Pro Archäologisches Landesmuseum (IPAL); die Deutsche Gesellschaft zur Förderung der Unterwasserarchäologie e.V. (DEGUWA); der Arbeitskreis Volontariat beim Deutschen Museumsbund e.V. // Kontakt: vorstand@dguf.de



DGUF-Büro
An der Lay 4
D - 54578 Kerpen-Loogh
Tel.: 06593 - 98 96 42
Fax: 06593 - 98 96 43
Email: buer@dguf.de
Web: www.dguf.de

